

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

11.3.1925 (No. 59)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. -- Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. -- Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Aufsperrung, Maschinenebruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. -- Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. -- Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Reichspräsidentenwahl

Der erste Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten findet nach Beschluß des Reichstags am **Sonntag, 29. März 1925**

Die Stimmlisten der Stimmlisten sind vom **20. bis einschließlich 23. März 1925** anzulegen.

Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen. Wegen der von der Gemeindebehörde vor der Auslegung zu erlassenden Bekanntmachung wird auf § 18 Absatz 2 der Reichsstimmordnung hingewiesen.

Die neuen Steuervorlagen

Finanzminister Dr. Brüderer schreibt zu diesem Thema im „Bad. Beobachter“:

Es wird Zeit, die gesamte Öffentlichkeit auf die Tendenz der Steuervorwürfe aufmerksam zu machen, die zurzeit im Reichstag beraten werden; denn es läßt sich nicht behaupten, daß die Neuordnung des Steuersystems eine ganz gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Lasten auf die Bevölkerung vorzieht. Während die „großen Interessenten“ seit Monaten offen und im geheimen ihre Kampfkraft organisiert und in der Beeinflussung der Öffentlichkeit außerordentlich geleistet haben, schweigen die großen Massen des Volkes noch vollständig. Offenbar deshalb, weil es ihnen noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher Weise nach dem Willen der Reichsregierung die Probleme der Lastenverteilung gelöst werden sollen. Dringe ich die Gesamtabstimmung der Reichsregierung auf eine kurze Formel, so kann diese nur lauten: **stärkste Entlastung des großen Besitzes, stärkste Erhöhung der Belastung der großen Massen des Volkes.**

Im einzelnen sehen sich die Dinge wie folgt an: Im neuen Einkommensteuergesetz ist die Herabsetzung des Einkommensteuertarifs für die großen Einkommen von bisher 33 1/2 Prozent vorgeschlagen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger soll aber nach wie vor der Ausgangspunkt für ihre Besteuerung der 10prozentige Abzug sein. Während man also bei den großen Einkommen eine ganz außerordentliche Steuererleichterung eintreten läßt, glaubt man bei der Masse des Volkes eine solche nicht vornehmen zu müssen. Gewiß, so heißt es, wäre eine Entlastung auch der Lohn- und Gehaltsempfänger recht erwünscht, aber für die Finanzlage des Reiches sei eine solche eben nicht tragbar. Die Körperschaftsteuer soll auf 20 Prozent des Gewinns beschränkt werden unter Wegfall der 25prozentigen Zuschläge auf den ausgeschütteten Gewinn. Bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer sollen nach wie vor die außerordentlich günstigen „Bewertungs“vorschriften, die im Jahre 1923 geschaffen und alsbald zu den schärfsten Protesten Veranlassung gegeben haben, in ihrer Tendenz aufrecht erhalten werden.

Die bisherigen Zuschläge zur Vermögenssteuer, die die größeren Vermögen erfaßt haben, sollen wegfallen. Die Vermögenszuwachssteuer gar soll bis auf weiteres ganz außer Kraft gesetzt werden. Für Kapitalerträge soll es ohne Rücksicht auf ihre Höhe keine Vorbelastung mehr im Sinne der früheren Kapitalertragssteuer geben. Die Grunderwerb- und die Kapitalverkehrssteuern sollen allgemein herabgesetzt werden.

Ich habe volles Verständnis dafür, daß wir in Deutschland die Neubildung des Kapitals ermöglichen und dies in der neuen Steuergesetzgebung auch entsprechend zum Ausdruck bringen. Ich bin aus diesem Grunde auch mit einer Ermäßigung der Höchsthöhe des Einkommensteuertarifs einverstanden. Aber der Vorschlag der Reichsregierung geht entschieden zu weit. Ich möchte auch die sonstigen Belastungen unserer Wirtschaft nicht außer Berechnung wissen. Aber — und das scheint mir wesentlich — die Neubildung des Kapitals darf nicht auf die Kosten des einzigen, des Lebenskapitals der breiten Massen unseres Volkes erfolgen. Und wie sieht es hier aus? Den gewaltigen Entlastungen des Großbesitzes gegenüber, die ich eben aufgezählt habe, stehen an neuen Belastungen für die Besitzlosen folgende: Die Hauszinssteuer, oder wie sie in Baden genannt wird, die Gebäudebesondersteuer soll nach dem Willen des Reichsfinanzministers nicht etwa ermäßigt oder aufgehoben, ihr Ertragnis soll auch nicht etwa überwiegend für Zwecke des Wohnungsbaues verwendet, sondern die Steuer soll noch schärfer angesetzt und zum großen Teil für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden.

Was heißt das? Daß die Mieten in den nächsten Monaten zugunsten der öffentlichen Hand stark erhöht werden müssen mit all den bekannten Auswirkungen auf den Geldbeutel des einzelnen. Weiterhin hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden, der letzten Endes dazu führen soll, die Gemeindebetriebe, also die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke steuerlich scharf heranzuziehen. Die Folge davon ist eine weitere Massenbelastung, die sich in der Erhöhung der Gebühren für Wasser, Gas und Elektrizität auswirken wird. Endlich aber ist beabsichtigt, die Steuer auf das Bier um 100 Prozent zu erhöhen und weiterhin eine stärkere Belastung des Tabakverbrauchs durchzuführen. Zusammengefaßt: einerseits außerordentlich weitgehende Entlastung des großen Besitzes — wozu auch die Auswirkungen des in seinem Grundgedanken gewiß berechtigten, aber in der jetzigen Fassung durchaus einseitigen Reichsbewertungsgesetzes gerechnet werden können, das, wie ich vor einiger Zeit im Haushaltsausschuß des badischen Landtags ausgeführt habe, in der Praxis eben doch eine recht weitherzige Veranlagung des Großgrundbesitzes und eine starke Ergrünung des parzellierten Besitzes sein wird — andererseits zum Ausgleich für die Ausfälle des großen Besitzes sehr scharfe Erhöhungen der Leistungen der besitzlosen Massen und des kleinen und mittleren Besitzes. Also eine durchaus unsoziale Gestaltung der Lastenverteilung. Ich will immer noch hoffen, daß die Gesetzentwürfe der Reichsregierung eine wesentliche Änderung durch den Reichstag und den Reichstag erhalten. So wie die Entwürfe jetzt vorliegen, sind sie für jeden wirklich sozial denkenden Mann durchaus unannehmbar. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß in solch roher Form Interessentenpolitik sich in Gesetzentwürfen der Reichsregierung auswirkt. Die Zentrumspartei vor allem möchte ich dringend bitten, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um zu verhindern, daß die Absichten der Reichsregierung in die Tat umgesetzt werden. Die Folgen müßten nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern vor allem auf politischem Gebiet geradezu verheerend wirken.

Ein Kompromiß über den Finanzausgleich

Nach mehrtägigen Verhandlungen ist am Montag in den Ausschüssen des Reichstags ein Kompromiß über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern zustande gekommen. Von den Ländern war u. a. verlangt worden, daß das Reich den Ländern die Einkommens- und Körperschaftsteuer zu 96 Prozent und von der Umsatzsteuer 30 Prozent überweise. Die Reichsregierung hatte eine endgültige Neuordnung des Finanzausgleichs schon mit Wirkung vom 1. April 1925 an herbeiführen wollen. Da bei der parlamentarischen Lage mit der Verabschiedung dieses dem Reichstag vorgelegten Entwurfes bis Ende März nicht zu rechnen war, hatte die Reichsregierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf über eine Notregelung des Finanzausgleichs in den Monaten April und Mai 1925 vorgelegt. Der endgültige Ausgleich sollte dann auf Grund der späteren Beschlüsse mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1925 an gelten. Gegen diesen Vorschlag hatten die Länder in den Ausschüssen schwere Bedenken erhoben. Man verständigte sich — wie gemeldet auf Anregung des badischen Finanzministers Dr. Brüderer — schließlich mit der Reichsregierung dahin, daß der bestehende Finanzausgleich bis zum 30. September 1925 verlängert werden und vom 1. Oktober 1925 an der endgültige Ausgleich ohne Minderwirkung in Kraft treten soll. In der Sitzung vom Dienstag des Reichstags wurde das Kompromiß in einer Erklärung des Reichsfinanzministers v. Schlieffen formuliert. Der Reichsfinanzminister erklärte:

„Die Reichsregierung ist bereit, den Bedenken, die die Länder gegen die vorgeschlagene Notregelung geltend gemacht haben, in der Weise Rechnung zu tragen, daß das geltende Finanzausgleichsgesetz bis zum 30. September 1925 verlängert wird, jedoch nur dann, wenn der Reichstag sofort auf Grund des ihm vorliegenden Gesetzentwurfes über den endgültigen Finanzausgleich in die Beratung des mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 in Kraft zu tretenden definitiven Finanzausgleichs eintreten wird. Unter dieser Voraussetzung stimmt die Reichsregierung dem in den Reichstagsausschüssen ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 zu. Unter der gleichen Voraussetzung ist die Reichsregierung bereits dafür eingetreten:

1. Daß bei dem endgültigen Finanzausgleich den Ländern im Rechnungsjahre 1925 von den Abweiserungssteuern etwa der gleiche Gesamtbetrag an Überweisungen zukommen soll, wie der, der ihnen auf der Grundlage der gegenwärtigen Anteilsverhältnisse an Reichsteuern zustehe würde.

2. Daß bei den Fragen der Erstattung auf Grund des Steuerüberweisungsgesetzes und in dem Übergang zur vierteljährlichen Vorauszahlung den Wünschen der Länder entgegengekommen wird.

3. Daß der Vollstreckungszwangsdruck den Ländern im Rechnungsjahre 1925 in gleicher Höhe wie im Rechnungsjahre 1924 auf Grund der zu vereinbarenden Grundsätze gewährt wird.“

Der Reichstag stimmte der Vorlage einstimmig zu und erklärte sich mit der Erklärung der Regierung einverstanden.

unter der Voraussetzung, daß der Stellungnahme der Länder über ihre Anteilsverhältnisse an Reichsteuern bei dem endgültigen Ausgleich damit nicht vorgegriffen werde und die Einkommensquellen der Länder, wie sie nach Verabschiedung der neuen Steuergesetze und des endgültigen Ausgleichs sich gestalten würden, vom Reichstag nicht wesentlich zu Ungunsten der Länder verändert würden.

Zur Neuwahl des Reichspräsidenten

Die Kandidaturen

In der Frage der Wahl des Reichspräsidenten haben am Dienstag vormittag zwischen einigen Parteiführern unverbindliche Besprechungen stattgefunden. Auf Grund des demokratischen Briefes und einer gestern erfolgten Vereinbarung sind die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten von dem Ausschluß der rechtsstehenden Parteien gebeten worden, auf heute vormittag Vertreter mit möglichst weitgehenden Vollmachten zu einer Sitzung des Ausschusses zu entsenden. Die Berliner Blätter glauben, daß diese Besprechungen zu einer Klärung der Lage führen werden, so daß vielleicht noch im Laufe des heutigen Tages die Nominierung eines Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl erfolgen dürfte.

Wie der „Vorwärts“ wissen will, hätten die Beratungen innerhalb der Anstalten der Zentrumspartei das Ergebnis gehabt, den preussischen Ministerpräsidenten Marx als Präsidentenkandidaten des Zentrums für den ersten Wahlgang aufzustellen. Dieses Ergebnis werde seine endgültige Bestätigung am heutigen Mittwoch durch den Parteiausschuß des Zentrums finden. Marx habe sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen. Andererseits wird gemeldet, daß Lehrenbach neuerdings mehr Aussichten habe.

Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl

Der Reichsminister des Innern bestimmt, daß die Stimmlisten und Parteien für die am 29. März stattfindende Reichspräsidentenwahl vom 20. bis einschließlich 23. März anzulegen sind. Wird ein zweiter Wahlgang erforderlich, so werden die Stimmlisten und Stimmlisten nach Berücksichtigung erneut vom 21.—22. April aufgelegt. Näheres über Ort und Zeit der Auflegung geben die Gemeindebehörden noch bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis Ablauf der Auflegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmlisten eingetragen ist, oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltage einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen. Stimmberechtigte, die aus dem alten und neu besetzten Gebiet ausgewiesen, oder durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden verdrängt sind, insbesondere auch Personen dieser Art, die infolge der Wohnverhältnisse dorthin noch nicht haben zurückkehren können, sind für die Wahlen am 29. März oder 6. April auf Antrag in die Stimmlisten oder Stimmlisten ihres Aufenthaltsortes einzutragen, auch wenn sie an diesem Ort keinen Wohnsitz, oder gewöhnlichen Aufenthalt, haben.

Antrag auf Änderung des Wahlrechts

Die Demokraten, Sozialdemokraten und das Zentrum haben einen gemeinsamen Initiativantrag für eine Änderung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten im Reichstag eingebracht. Dieser Antrag betont die Notwendigkeit von Wahlvorschlägen und verlangt die Ausgabe von amtlichen Stimmzetteln. Die Wahlvorschläge sollen spätestens am 10. Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter eingereicht sein. Sie müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 20 000 Wählern genügen 20 Unterschriften, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatten und wenn auf die Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag angeschlossen waren, mindestens 500 000 Stimmen abgegeben wurden. Die Stimmzettel sollen durch die Reichsregierung amtlich hergestellt werden in der Weise, daß sie alle vom Reichswahlleiter angelegten Wahlvorschläge enthalten. Die Stimmabgabe soll in der Art erfolgen, daß der Wähler durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Vorschlag er seine Stimme gibt. Dabei soll es zulässig sein, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt, nachdem er den Namen dieser Person auf einen dazu vorbehaltenen freien Raum des amtlichen Stimmzettels schreibt.

Der Antrag will eine gewisse Sicherheit gegen eine Überfülle von Spalterkandidaten schaffen. Die Zahl der Parteien, die über 500 000 Stimmen aufgebracht haben, ist nicht allzu groß. Mit der Annahme des Antrags in der heutigen Reichstagsitzung ist zu rechnen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Nach einer getroffenen Vereinbarung sollen die Verhandlungen über den deutsch-französischen Warenverkehr während des Provisoriums am 16. März in Paris wieder aufgenommen werden. Die deutsche Delegation wird sich zu diesem Zweck, soweit sie zu den Verhandlungen über den Vertragstext nicht in Paris verblieben ist, zum 16. März wieder nach Paris begeben. Jedoch wird Dr. Trendelenburg, der augenblicklich unipflichtig ist, vorübergehend ersetzt werden durch Ministerialdirektor Pöffe vom Reichswirtschaftsministerium.

Umsätze ins Ausland und Umsatzsteuer. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung über die Befreiung der Umsätze ins Ausland von der Umsatzsteuer vorgelegt. Der Entwurf, der mit Wirkung ab 1. Januar 1925 in Kraft treten soll, ist im Interesse des deutschen Ausfuhrhandels und des Speditionsgewerbes eingebracht worden. Den Behörden ist Anweisung erteilt worden, schon jetzt nach dem Entwurf zu verfahren.

Mit der Beilage: 16. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 10. März.

Am Regierungstisch Reichsinnenminister Dr. Schiele.
Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Stellvertretung des Reichspräsidenten.

Abg. Graf Westarp (D.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen werden, weil sie den höchsten Justizbeamten des Reichs mit der Stellvertretung betrauen will. Nachdem aber inzwischen der demokratische Vorschlag einer Kandidatur Dr. Simons erfolgt sei, stelle er ausdrücklich fest, daß aus der Zustimmung zu der Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zu der vorgeschlagenen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürfen.

Abg. Brüninghaus (D.) gibt eine gleichlautende Erklärung ab und behauptet, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Person des Reichspräsidenten in die politische Debatte gezogen worden sei.

Abg. Koch-Meser (Dem.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage keine Vorbedeutung für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten bilden soll. Es sei aber kein Grund vorhanden, den Reichspräsidenten als den stellvertretenden Reichspräsidenten von der Kandidatenerörterung auszuschließen.

Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Ebenfalls in starrer Lesung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wird der Gesetzesentwurf angenommen zur Übernahme der durch die Verdringung des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf die Reichskasse.

Zur ersten Lesung gestellt werden dann die Gesetzesentwürfe über

die Genfer Übereinkommen

über das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Abg. Obendief (N.) fordert, daß auch auf den Gütern Betriebsräte zugelassen werden. Die Arbeitszeit sei weit über 8 Stunden ausgedehnt. Nötig ist aber, den Landarbeiterverband umzugestalten, damit er eine Kampforganisation werden kann.

Abg. Schmidt (Soz.) allein uns ist es zu verdanken, daß das internationale Arbeitsamt in Genf sich mit der Landwirtschaft beschäftigt hat und jetzt das Koalitions- und Versammlungsrecht der Arbeiter international gesichert wurde. Wir werden dafür sorgen, daß das Koalitionsrecht tatsächlich durchgeführt wird und daß die Freizügigkeit auch nicht durch Maßnahmen der Reichsbahn illusorisch gemacht wird. Nebenher ist es namens der sozialdemokratischen Arbeiter ab, den kommunistischen Bahnsparnissen zu folgen.

Die Vorlage wird darauf dem sozialpolitischen Ausschuss übergeben.

Zur Kenntnis genommen wird das Washingtoner Übereinkommen über die

Verschärfung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Abg. Frau Nemiß (Soz.) fordert, daß das Übereinkommen als Gesetz vorgelegt werde. Vom Arbeitsministerium sei leider auf diesem Gebiete wenig geschehen.

Abg. Frau Krensch (N.) verlangt staatliche Entbindung und Kinderfürsorgeanstalten und lehnt die privaten und kirchlichen Einrichtungen ab.

Die Vorlage wird ebenfalls an den sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird dann fortgesetzt beim

Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Dr. Korf (N.) erstattet über die Ausschussberatungen einen stark einseitig gefärbten Bericht, so daß von den bürgerlichen Parteien lebhafter Widerspruch erhoben wird.

Abg. Dr. Lewi (Soz.) fordert die Verrückung der letzten Justizreform des Ministers Erinnerung, die nur eine Verdringung des Justizbetriebes herbeigeführt habe. Der Redner erklärt, er habe zur Reichsregierung nicht das Vertrauen, daß sie das Maß von Charakterstärke und Takt besitze, um parteiische Einflüsse in der Rechtsprechung auszuschließen. Dauerlich sei es, wenn Angeklagte wegen Landesverrats beurteilt werden, weil sie geheime Waffenlager und Organisationen aus republikanischer Gesinnung anzeigen. Diese ganzen Landesverratsprozesse dienen nur dazu, gewisse Organisationen zu garantieren. Das alles habe mit dem Schutz des Reiches nichts zu tun. Das Ausland erfahre doch alles.

Abg. Dr. Barth (D.) weist die Vorwürfe gegen den Richterstand zurück. Gegenüber der Verherrlichung Fedenbachs durch die Linke sei festzustellen, daß der demokratische Abg. Müller-Reinigen betont habe, daß Fedenbach ein Landesverräter sei und bleibe. Dr. Korfner sei mit Recht wegen formaler Verleumdung des Magdeburger Gerichts verurteilt worden. Dr. Simons sei nicht ein Mann der Rechten, sondern der Demokraten. Dem Rechtsanwalt Werthauer, über dessen vorläufige Festnahme Beschwerde geführt wurde, habe der frühere sächsische Ministerpräsident Heigener einen Auftrag in der Auseinandersetzung des sächsischen Staates mit dem sächsischen König zugesandt und Werthauer habe nicht

weniger als 700 000 Goldmark Honorar dafür verlangt (Lebhaftes Göl, hört).

Abg. Damp (Wirtsch. Vereinig.) begrüßt es, daß bei der neuen Justizreform auf ein Zusammenarbeiten mit Österreich in Aussicht genommen sei. Der Staatsgerichtshof habe keine Berechtigung mehr.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Wahlgesetzentwurf für die Reichspräsidentenwahl, Justizetat. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Auch der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit dem vom Reichstag endgültig angenommenen Gesetzesentwurf über die Stellvertretung des Reichspräsidenten. Der Gesetzesentwurf ist aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen. Der Reichsrat beschloß einstimmig, keinen Einspruch gegen den Gesetzesentwurf zu erheben. Namens der bayerischen Regierung erklärte der Gesandte von Regensburg, daß die bayerische Regierung an sich dem Gesetzesentwurf zustimme, aber ihrem Bedauern darüber Ausdruck gebe, daß der Entwurf auf dem Wege eines Initiativantrages zustande gekommen sei, so daß es dem Reichsrat nur möglich war, auf dem Wege des Einspruchs sich damit zu beschäftigen. Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn man den normalen Weg gewählt und den Entwurf zunächst dem Reichsrat vorgelegt hätte.

Die Lage im Eisenbahnerstreik

Vermittlungstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums

Zum Reichstagsausschuss für Verkehrsangelegenheiten teilte Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium mit, daß das Reichsarbeitsministerium bereits zu Vorbesprechungen über die Frage der Einleitung eines Schlichtungsverfahrens im Eisenbahnerstreik eingeladen habe. Diese Einladung war schon für Mittwoch ergangen, der Termin ist aber auf Wunsch der Gewerkschaften auf Donnerstag vertagt worden. Es wurde dann ein Antrag Most (D. P.), in der Form angenommen, daß der Ausschuss von der Erklärung des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums mit Befriedigung Kenntnis nimmt und erwartet, daß der Reichsarbeitsminister auch weiterhin alles nur Mögliche zur Beilegung des Streiks tun werde.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Die Lage im Eisenbahnerstreik veränderte sich nicht wesentlich. Es streiken von insgesamt 430 000 Eisenbahnern nach dem Stand vom Dienstag etwa 6600, das sind ungefähr 1,5 Prozent. Der Verkehr und Betrieb wird überall glatt durchgeführt, auch im Berliner Bezirk. Alle Güterabfertigungen arbeiten. Die Güter- und Personenzüge verkehren ohne Störung. Dort, wo es nötig war, ist die Eisenbahnpersonalbetriebshilfe eingesetzt worden. Das Eingehen der Reichsbahn auf die Verkehrsbeschwerden des Reichstages ist die Einladung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der beteiligten Gewerkschaften zu einer Vorbesprechung am Donnerstag, dem 12. März, über Schlichtungsmöglichkeiten. Generaldirektor Döber, der seit der Rückkehr von den Besprechungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten Kranthofhaber das Amt hüten mußte, hat sofort seine Zustimmung zur Teilnahme an dieser Versammlung gegeben.

Die Lage der deutschen Reichsbahn

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe schreibt uns: Die Lohnbewegung der Eisenbahnarbeiter, die neben der Verabschaffung der jetzt bestehenden neunstündigen Arbeitszeit auf acht Stunden bei gleichbleibendem Tagesverdienst außerdem noch eine Erhöhung des Stundenlohnes fordern, hat bisher noch zu keiner Vereinbarung geführt. Aus diesem Anlaß wurde der Reichsbahn-Gesellschaft allenfalls ein gewisser Mangel an gutem Willen vorgeworfen. Alle Kreise, die dieser Ansicht huldigen, sollen sich vor einer solchen Stellungnahme vor Augen halten, daß die Reichsbahn ganz auf sich selbst gestellt ist und so vor allem, wie jeder ordentliche Geschäftsmann, Ausgaben erst machen darf, wenn Einnahmen, die hier nur in Ziffern angegeben werden können, vorhanden sind. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß die Reichsbahn unter dem Joche der Verhältnisse kein nur noch volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte zu führendes Unternehmen, sondern jetzt ein Erwerbsunternehmen ist, das die für die Reparationslast nötigen Gelder beschaffen muß. Neben den jährlich etwa 200 Millionen Reichsmark Verkehrssteuern, die von ihr an die Entente zu zahlen sind, mußte sie

am 1. März 100 Millionen RM. abliefern, denen am 1. Oktober d. J. weitere 100 Millionen RM. folgen. Im Jahre 1926 sind zu leisten zum 1. März etwa 300 Millionen RM. und zum 1. Oktober etwa 300 Millionen. Später erhöhen sich diese Ziffern auf etwa 500 Millionen. Zu diesen Lasten tritt noch die Verpflichtung, Betriebs- und Reparaturkosten anzunehmen. Für 1. Beginn in der Stunde Lohnsteigerung erwachsen der Reichsbahn-Gesellschaft 12 Millionen RM. weitere jährliche Ausgaben. Dazu kommen die Mehraufwendungen, die infolge der Forderung auf Kürzung der Arbeitszeit um ein Neuntel erwachsen.

Badisches Landestheater

I. Gastspiel der Mailänder Opern-Stationen

Auch bei guten deutschen Aufführungen von Verdi's „Trubadur“ hat man schon gelegentlich Italiensches herausgehört, aber noch kaum das typische Italiensche daran wirklich gehört u. so mitterlebt, daß die Musik das Überwachsene und der blöde und fade Text ganz zur Nebensache wurde. Dies Moment scheint mir nun das weitaus stärkste Ergebnis der Mailänder Opernstationen, die sich gestern Abend zum ersten Mal mit einem echten „il trovatore“-Gastspiel auf deutschem Boden vorstellte und von hier aus eine große Tournee über viele deutsche Bühnen unternimmt.

Dr. Lert, der künstlerische Leiter der Stationen, wird allerdings selbst am besten wissen, daß an diesem ersten Abend noch nicht alles zu einer Gala-Vorstellung sich runden wollte. Er ist aber auch lange genug jenseits der Alpen tätig, um aus eigener Kenntnis etliche kleine Versehen, die übrigens jedem Gastspiel im Anfangsstadium anzuhängen pflegen, zu beseitigen. Mit der Zeit werden sich vielleicht auch die Reklame seiner italienischen Sänger und Sängerinnen besser an unsern Ohren gewöhnen. Die niederrichtige Witterung der letzten Tage hatte es leider bewirkt, daß infolge plötzlicher Indisposition eine Hauptpartie überhaupt unbesezt werden mußte, und damit nicht genug machte sich die Lücke des Objekts bei fast allen Stimmen geltend. Das war sehr schade und doch wieder nicht so schlimm, daß der hohe künstlerische Gesamteindruck dadurch erheblich beeinträchtigt worden wäre. Zu Anfang der Oper und auch gegen Ende merkte man allerdings, wie selbst solche im bel canto erzeugten Stimmen zuweilen Mühe haben, ihre bewegliche Schönheit freizubekommen und vor Trübungen freizuhalten, so vor allem der Bariton Marziano (Graf von Luna) und der Tenor Vittorio Lois (Man-

rico). Trotzdem gab es gerade von diesen beiden prachtvollen Stimmen zu hören voll zündender Worte und erlebter Gesangs-kultur. Der Tenor mußte seine kampfsüchtige Stretta sogar zweimal zum hohen C hinaufführen, so hübsch schalt der Applaus nach dieser virtuosischen Braourleistung ein. Für die zärtlichen Arien und brillanten Koloraturlieder der Leonore brachte Eva Turner großes Können mit, noch imposanter wirkte Rudolfina Brunetto, die dem romantischen aller Jugendweiber wirkliche Elementararbeit und in gesanglicher Hinsicht vor allem eine staunenswerte Atemtechnik zu geben wußte. In kleineren Partien waren weiterhin beschäftigt Victoria Tanga (Inez), Barara (Inez), Carboni (Ferrando), F. Mayer (Alter Zigeuner) und Gigoline (Ein Vate). Chor und Orchester stellte das bad. Landestheater. Es wirkte zwar ein bißchen komisch, daß die Ensembles und Finales gemischt-sprachlich gesungen wurden, doch verführte mit diesem Kontext die formvollendete, von glühender Musikalität getragene Orchesterleitung des Maestro Guitto Tanga, der in der Tat zeigte, wie der Instrumentalvortrag stets sich der Gesangs-melodie unterordnet und anpassen kann und doch nichts von seinem ethischen Schwung und seiner oft plastisch gesteigerten Leidenschaftlichkeit einbüßen braucht.

Verdi's populärste, wenngleich musikalisch nicht gerade wertvolle Oper hatte dank der temperamentvollen Wiedergabe durch seine Landsleute wieder einmal einen ungehört starken Beifall, und man begreift nur zu gut, warum die Südbänder über Verdi und allenfalls Puccini absolut nicht hinauswollen. Das Geheimnis ihrer Ruccini-Begeisterung liegt eben vorwiegend im Gesanglichen, nicht in der Psychologie unserer Musik-dramen. Eine große Gegenwärtigkeit zwischen Südbändern und nördlichem Denken und Fühlen tut sich da auf. Sie trat auch bei dem Gastspiel in Erscheinung, insofern für unsern — nördlichorientierten — Geschmack gar wenig Sorgfalt und

Gegen diese Tatsachen wird häufig eingewendet, die Mittel der Reichsbahn-Gesellschaft seien nicht so knapp, wenn sie an ihre Beamten Prämien und an die leitenden Beamten so hohe Gehaltszulagen bezahlen könne. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Gesellschaft von der ihr vom Reichstag gegebenen Möglichkeit, bis zu 5 Prozent der Gesamtausgaben für die Beamten zu Zulagen zu verwenden, einen sehr bescheiden Gebrauch gemacht hat. Die erste Bewilligung betrug 4 Millionen RM. für die gesamte Reichsbahn im Wertjahr nicht erreicht. Die Zulagen der leitenden Beamten, zu denen außer dem Generaldirektor nur die Abteilungsleiter und Mitglieder der Hauptverwaltung sowie die Präsidenten und Vizepräsidenten der Reichsbahndirektionen zählen, sind bei der Verantwortung und den Verpflichtungen dieser Beamten unter den neuen Verhältnissen, die die Gesellschaftsform mit sich bringen, in verhältnismäßig bescheidenem Rahmen geblieben. Diese Gehaltszulagen bewegten sich, entgegen anderen Nachrichten, nur zwischen 1100 und 4000 RM. im Jahr, zu denen für leitende Beamte, die repräsentative Verpflichtungen haben (Abteilungsleiter und Reichsbahndirektoren der Hauptverwaltung sowie Vizepräsidenten zählen nicht hierunter) Dienstaufwandsgebühren treten. Diese bewegen sich für die Reichsbahn-Direktionspräsidenten zwischen 2400 bis 6000 RM. im Jahr. Reicht man alle für diese Aufwendungen nötigen Mittel zusammen, so ergibt sich ohne weiteres, daß mit einem solchen Betrage den Wünschen der Arbeiterklasse auch nicht im entferntesten Rechnung getragen werden könnte.

Politische Neuigkeiten

Wiederwahl von Marx

Der Preussische Landtag hat am Dienstag zum zweitenmal den ehemaligen Reichsminister Marx zum Ministerpräsidenten Preussens gewählt, und zwar mit der knappen Mehrheit einer Stimme. Es erhielten von 443 abgegebenen Stimmen Marx 222, von Richter (D. P.) 151, Riedel (Komm.) 42, Körner (N. F.) 11 und Labendorf (Wirtsch.) 16 Stimmen. Es ergab sich wieder dieselbe Konstellation, wie bei der Wahl zuvor, nämlich, daß Marx die Stimme der sogenannten Weimarer Konfession, also des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, erhielt, zu denen noch zwei Stimmen der Polen hinzukamen. Die Zentrumskandidaten, die bei dem letzten Vertrauensvotum für Marx sich abgespalten hatten, haben diesmal für Marx gestimmt. Dies beweist indessen noch nichts für ihr Verhalten bei der neuerlichen Vertrauensstimmung, die ja bald wieder aufgenommen werden muß, da dieser rechte Flügel des Zentrums vor einigen Wochen auch erst bei dem Vertrauensvotum gegen Marx war, während sie bei der Wahl für Marx gestimmt hatten. Andererseits ist es möglich, daß nach dem Bericht des Ministerpräsidenten Marx auf den Sozialdemokraten Sebering als Innenminister, der ja wahrscheinlich erfolgen wird, auch für das Vertrauensvotum eine kleine Mehrheit zustande kommt. Endgültig geklärt ist mit der gestrigen Abstimmung jedenfalls die Lage in Preußen noch nicht, wobei ganz davon abgesehen sein soll, daß Marx ja noch immer für die Reichspräsidentenwahl kandidieren soll.

Die Untersuchung des deutschen Zusammenbruchs

Der Reichstagsausschuss zur Untersuchung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs von 1918 (Vorsitzender Dr. Mühl) hat den Chef der Operationsabteilung der früheren Obersten Heeresleitung, Generalmajor im Reichsministerium, Wesell, die in der Presse oft erhobenen Gutachten der Herren von Kuhl, Schwerfeger und Delbrück samt den Verhandlungsprotokollen des Ausschusses zur Kenntnis gebracht, und Generalmajor Wesell hatte sich in einem Schriftsatz zu diesem Material geäußert. Der Ausschuss trat am Dienstag zur Aussprache über diesen Schriftsatz in Gegenwart der Sachverständigen und des Generalmajors Wesell zusammen. Die Aussprache wurde im wesentlichen abgeschlossen. Schon in der nächsten Woche soll der Bericht fertig sein. Abg. Dr. Bredt, im Ausschuss den Entwurf einer Entschärfung vorlegen, in der das Ergebnis der Erhebungen über die militärischen Gründe des Zusammenbruchs und die politischen Verantwortlichkeiten zusammengefaßt wird. Der Ausschuss rechnet bestimmt damit, den Termin des 1. April für den Abschluß dieses Teils seiner Arbeit einhalten zu können, worauf alsbald die Veröffentlichung des zum größten Teil schon gebrauchten Materials erfolgt.

Soughton über die Entwaffnung Deutschlands

Neuer Bericht aus Neuport, daß der neuernannte amerikanische Botschafter in Großbritannien und frühere Botschafter in Berlin, Soughton, sich sofort nach Washington begab, um mit Kellogg zu beraten. In einer Unterredung erklärte er, daß Deutschland im wesentlichen entwaffnet sei. Auf die Frage, ob Deutschland in der Lage sei, wieder eine Weltmacht zu werden, erwiderte Soughton, seiner Ansicht nach werde Deutschland niemals die große Militärmacht werden wollen, die es vor dem Kriege gewesen sei, aber wirtschaftlich werde es wieder so groß werden wie jemals. Soughton sagte weiter, der Tod des Reichspräsidenten sei ein furchtbarer Ver-

Mühe auf das Mimische verwendet schienen. Aber zum Gesetz fielen soziale andere Schranken, daß tatsächlich die Bekehrung und gemeint echt italienisch born an der Kampe dargebundene Gesangsstimme allein genügt, um den Abend festlicher zu gestalten und sehr herzlichen sowie starken Beifall des gut besetzten Hauses immer wieder herauszufordern. Man darf daher auch auf das zweite Gastspiel am Donnerstag sehr gespannt sein. H. Sch.

Morgenfeier im Landestheater. Die Morgenfeier am Sonntag brachte einen Vortrag von Dr. Karl Rosenfelder über das demnächst zur Uraufführung gelangende Schauspiel „Der arme Vetter“ von Ernst Barlach. Eine Einführung in das zu erwartende neue Stück gab der Vortragende nicht. Er bot vielmehr eine Würdigung des gefamten Schriftwerkes Barlachs neben den notwendigen biographischen Angaben. Danach ist Barlach Niederdeutscher (1870 in Wedel in Holstein geboren) und jetzt in Güttrow in Mecklbg. wohnhaft. Er habe sich vorzugsweise als Bildhauer und Graphiker betätigt und es auf diesen Gebieten schöpferischen Gestalten zu hoher Bedeutung gebracht. Da sich aber dem schaffenden Künstler nicht genug Möglichkeiten bieten zu weiterausgreifender Formung dränge der „Raptus zum Schreiben“ diesen „ganz unliterarischen Bildhauersmann“ in ehrsüchtigen Ringen um letzte Erkenntnis zum schriftlichen Ausdruck. Man nennt Barlach vielfach den deutschen Bruder Dostojewskis und den modernsten Dramatiker, der ganz fern steht von Kaiser über Sternheim und doch kein Außenseiter ist. Er verfügt über einen ganz außergewöhnlichen Vortrat an Worten, seine Sprache „spricht“ immer, sie ist „geschrieen“. Jede der geschriebenen Gestalten sei ein Ton der großen Schicksals-symphonie. Einige Szenen aus Werken Barlachs wurden mit höchstem Wertem Können vorgelesen. ow.

lust für Deutschland; jedoch andere Männer würden seine Stelle einnehmen und die friedliche Entwicklung des Landes fortsetzen. — Daily Mail bringt ebenfalls eine Meldung über das Interdikt und stellt insbesondere fest, daß Houghton nachdrücklich verneint habe, daß Deutschland an die Wiederherstellung der Monarchie denke oder einen Versuch machen werde, die Vorherrschaft in militärischer Hinsicht, die es vor dem Kriege gehabt habe, wiederzugewinnen. In 10 oder 20 Jahren werde vielleicht die Frage der Wiederherstellung der Monarchie aufkommen, aber jetzt beständen keine derartigen Pläne. — Laut Westminster Gazette machte sich Houghton über den Bericht der Interalliierten Militärmission lustig und sagte, er sei überzeugt, daß die Republik in Deutschland von Dauer sein werde.

Die Verfassungsberatung im Magdeburger Prozeß

hat am Dienstag begonnen. Die Verlesung der Urteilsbegründung zum erstinstanzlichen Urteil nahm den ganzen Vormittag in Anspruch.

In der Verfassungsberatung der Staatsanwaltschaft, die dann verlesen wurde, heißt es u. a., das erstinstanzliche Urteil verleihe dem Begriff „Landesverrat“. Es habe vor allem den entscheidenden Punkt, die Absicht Eberts, ignoriert. Als die Begründung des Nebenklägers verlesen werden sollte, protestierte Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune, da durch den Tod des Reichspräsidenten die Nebenklage ihre Wirkung verloren habe. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wölkner erklärte, die Staatsanwaltschaft übernehme das, was der Nebenkläger zu sagen habe, als ihre eigene Erklärung. Nach kurzer Beratung erließ der Vorsitzende den Bescheid, daß die Verlesung der Begründung des Nebenklägers zu verlesen sei. Darin wird ausgeführt, daß das erstinstanzliche Urteil nicht genügend berücksichtigt habe, daß Ebert bei seinem Eintritt in die Streikleitung und bei allen weiteren Schritten in die Sache immer den Vorbehalt hatte, den Streik möglichst schnell durch Verhandlungen zu beenden.

In der darauf folgenden Erwiderung der Verteidigung wird betont, daß das Verhalten Eberts unmöglich anders beurteilt werden könne, als das gleiche Verhalten Scheidemanns und Brauns. Das Bewußtsein und der Wille, den Streik zu dem bezeichneten Zweck auf die breitesten Grundlagen zu stellen, habe sich durchaus gezeigt. — Es wurden dann neun Beweisurteile der Verteidigung verlesen, von denen einer dahingehet, daß etwa 14 Tage vor Beginn des Munitionsarbeiterstreiks eine Versammlung von Gewerkschaftsvertretern sich mit der Frage der Durchführung des Streiks beschäftigte. — Der damalige Abgeordnete Ebert soll sich für diesen Streik ausgesprochen haben. Durch andere Beweisanträge soll die Glaubwürdigkeit des Zeugen Scheidemann erschüttert werden. — Es tritt hierauf eine Pause ein.

Nach der Mittagspause verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbescheid, daß den Beweisurteilen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft stattgegeben werden soll. — Hierauf wurde der Angeklagte Rothard vernommen. Dabei erfuhr man wieder, daß der mit dem Stahlhelmabzeichen geschmückte Angeklagte sechsmal verurteilt ist, ohne jede journalistische Vorbildung verantwortl. Redakteur der „Mitteldeutschen Presse“ wurde und dort den bemuteten Münchener Artikel mit der Überschrift „Eine bittere Bille für Fräulein Ebert“ und anderen Verzerrungen verfaßt, nach seiner Behauptung in der Absicht, den Verfasser des Artikels, Dr. Ganzer, der Sühne zuzuführen und dazu beizutragen, daß die gegen Ebert erhobene Beschuldigung des Landesverrats zusammenbräche. Den Wahrheitsbeweis habe er erst angetreten, nachdem er durch deutsche nationale Auffklärung die Ansicht gewonnen habe, daß die Angriffe Ganzers berechtigt seien. Diese Auffklärung scheint recht mangelhaft gewesen zu sein, denn Rothard kann über den Begriff des Landesverrats und die angeblichen landesverratlichen Handlungen Eberts nur mit Mäglichkeit Unbefugtheit Auskunft geben. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgt dann die Verlesung der bekannten Aussagen des verstorbenen Reichspräsidenten bei der Vernehmung in der ersten Instanz. Die weitere Nachmittagsberatung wurde ausgesetzt durch die Verlesung der Vernehmungsprotokolle der übrigen in der ersten Instanz kommissarisch vernommenen Zeugen.

Die Pension für Frau Ebert

In deutschen nationalen Blättern waren über die gesetzliche Pension, die der Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten zusteht, außerordentlich übertriebene Angaben verbreitet. Es wurde u. a. behauptet, die Pension der Frau Ebert betrage jährlich über 33 000 M. Nach dem Gesetz über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1922 würde dem Reichspräsidenten nach Ablauf seines Amtes ein Ehrensold von jährlich etwa 28 000 bis 27 000 M. zustehen, und die Pension seiner Witwe würde sich, nach den früheren Grundsatzen berechnet, auf vielleicht 12 000 M. belaufen. Durch die Novelle zum Verordnungsgebot vom 1. Juli 1923 ist jedoch die Höhe der Pension der Witwe eines Reichsbeamten auf die Hälfte des ruhefähigen Dienstgehalts der Klasse B2 beschränkt, so daß sich als gesetzliche Pension für die Witwe des Reichspräsidenten der Betrag von 7104 M. jährlich ergibt. Das sind nach Abzug der Steuer höchstens 550 M. monatlich.

Die Volkszählung

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde die Regierungsvorlage über einen Gesetzentwurf, der eine allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählung für das Jahr 1925 vorsieht, ohne wesentliche Änderung der Regierungsvorlage verabschiedet. Nach dem Vorschlag der Regierung würde die Volkszählung, die die erste seit 1910 ist, im Juni d. J. stattfinden und dabei insbesondere die Vermögensverhältnisse und Betriebsänderungen statistisch zu erfassen suchen. Angenommen wurde ein Antrag, die Zählung am 16. Juni vorzunehmen und die Kosten den Ländern aufzuerlegen.

England und das Sicherheitsproblem

WTW. London, 11. März. Die „Times“ schreiben im Leitartikel, soweit das britische Reich in Betracht kommt, könne das Genfer Protokoll nicht als ein Instrument praktischer Politik betrachtet werden. Für Großbritannien sei es vollkommen unmöglich, sich irgend einem Plan zu verpflichten, der auf ein Wiederaufleben der Krippellianen in anderer Gestalt hinauslaufen würde. In gleicher Weise müsse Großbritannien auch den in Paris unterbreiteten Vorschlag eines englisch-französisch-belgischen Paktes als fast ebenso unzulänglich bezeichnen. Die Verhandlungen, die mit jedem, ausschließlich Frankreich abgeschlossenen Pakt verbunden seien, könnten auch nicht für einen begrenzten Zeitraum übernommen werden. Die deutschen Anregungen bedeuteten einen Hoffnungsstrahl und einen bemerkenswerten Fortschritt gegenüber jedem bisher von einer deutschen Regierung gemachten Versuch, zum Frieden Europas beizutragen. Ihre Bedeutung einzuschränken, bevor man sie geprüft habe und sie als taktische Manöver zur Vorbereitung eines Eroberungsplanes auszuliegen, bedeute einen sehr schlechten Dienst in der Sache des europäischen Friedens. Der verwickelte „alte deutsch-polnische Konflikt“ an der Weichsel sei zur Genüge bekannt und erfordere zweifellos eine vorsichtige Behandlung. Auf jeden Fall könne und dürfe England nicht die neuen und großen Hoffnungen auf eine praktische Lösung des Sicherheitsproblems, die durch die Vorschläge der deutschen Regierung in Erscheinung getreten seien, außer acht lassen.

Hausfabund und Reichslandbund

Der Hausfabund hielt in Berlin eine Tagung ab, woran besonders auch deutschvolksparteiliche und demokratische Parlamentarier teilnahmen. Der Präsident des Hausfabundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer, erklärte, daß der Hausfabund jetzt 164 Einzelverbände und 200 000 Mitglieder zähle. Justizrat Schauer berichtete über die Gründung einer neuen Abteilung des Hausfabundes für ausländisches Recht, die eine besondere Zeitschrift unter dem Namen „Gesetzgebung und Rechtspraxis des Auslandes“ herausgeben wird. Das Präsidium des Hausfabundes nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: Der Hausfabund weist die Verjudung des Reichslandbundes der deutschen Landwirtschaft, gegenüber anderen Erwerbsständen eine Vormachtstellung durch gewerkschaftliche Zwangsartikeln zu schaffen, auf das entschiedenste zurück. Ebenso lehnt er die Bestrebungen zur Monopolisierung des Agrarreditwesens ab. Das Präsidium des Hausfabundes ruft Gewerbe, Handel und Industrie zu kräftiger Gegenwehr dagegen auf.

Die bayerischen Wasserkraftwerke

Aber die Leistungen der bayerischen Wasserkraftwerke gab im Staatshaushaltsauschuss des bayerischen Landtages ein Vertreter des bayerischen Innenministeriums eine Darstellung nach der von den ausbaufähigen Wasserkräften von 2 Millionen PS mit 12 Milliarden Kilowatt im Jahre bis jetzt 540 000 PS oder 27 Prozent ausgebaut seien. Im Bau seien zur Zeit 50 000 PS, in Vorbereitung 145 Anlagen mit zusammen 400 000 PS oder insgesamt 22,5 Prozent, so daß die Hälfte aller ausbaufähigen Wasserkräfte in Bayern erschöpft worden sei. Für die Stromverteilung sei ein Wirtschaftspland aufgestellt worden, der von bayerischen Wasserwirtschaftsämtern aufgestellt worden sei. Das Bayernwerk liefere jetzt über die Württembergische Elektrizitäts-A.G. Strom bis nach Stuttgart, wo die Verbindung mit der Pfalz eingeleitet sei; den gleichen Zweck verfolge ein Vertrag mit den Elektrizitätswerken in Böhmen a. M.

Die Verwendung der Hauszinssteuer

Im Ausschuss des Reichstags für Wohnungsfragen war vor einiger Zeit auf einen demokratischen Antrag hin der Beschluß gefaßt worden, daß der gesamte Ertrag der Hauszinssteuer, die mit mindest. 20 v. H. der Friedensmiete zu erheben wäre, zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Wohnungserhaltung verwendet werden solle. Der Ausschuss hat jetzt den weiteren Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag bis spätestens 30. April einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterzuschußgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes vorzulegen unter Verwendung der vom Reichswirtschaftsrat am 5. Februar 1925 ausgegebenen Leitlinie und der dem Reichstag und dem Aussen-ausschuss zugegangenen Anträge als Material.

Die verbotenen Stillerversammlungen. Die für Dienstag abend in München angekündigt gewordenen Massenversammlungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, in denen Hitler sprechen wollte, haben infolge des polizeilichen Verbots nicht stattgefunden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Gerichte, die Hitler festgenommen worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Der „Böhmische Kurier“ bringt die Nachricht, daß Hitler wegen des Verbots seiner Versammlungen den Beschwerdebescheid beschreiben werde. Die Beschwerde werde beim Obersten Landesgericht eingelegt werden.

Geißler gegen Göring. Das Amtsgericht Königsplatz hat in Berlin hat in dem Belästigungsprozeß des bisherigen Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände, Reichstagsabg. Geißler, gegen den Führer des Reichsbanners, Oberpräsidenten Göring, das Verfahren eröffnet. Göring hatte Geißler, der gegen das Reichsbanner schwere Vorwürfe erhob, einen bewußten Verleumder und Erbschneider genannt. Von Geißler ist gegen Geißler Widerklage erhoben worden. Die Anberaumung des Hauptverhandlungstermins in Königsplatz hat, als dem für den Wohnort des Klägers zuständigen Gericht, dürfte demnächst erfolgen.

Die Gehälter der Saarbeamten. In zwei Prozessen, die Beamte des Saargebietes, die seiner Zeit von der französischen Regierung übernommen worden sind, wegen ihrer Einstufung in der Besoldung der deutschen Beamten gegen die Regierungskommission angeklagt haben, ist folgendes Urteil durch die 5. Zivilkammer des Landesgerichts Saarbrücken gefällt worden. Der Klageanspruch ist dem Grunde nach abgelehnt. Die Regierungskommission ist verpflichtet, den Beamten diejenigen Frankengelder zu zahlen, die unter Zugrundelegung des ehemaligen Umrechnungskurses den im Deutschen Reich gezahlten Gehältern mit entsprechender Erhöhung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Saargebiet und in Anlehnung an diese entsprechen.

Kurze Nachrichten

Verlängerung des Besoldungsstufengesetzes. Der Reichsrat nahm am Dienstag eine Vorlage über die Verlängerung des Besoldungsstufengesetzes an. Nach den Beschlüssen des Reichsrates soll das Spergesetz um ein Jahr verlängert werden unter der Voraussetzung, daß es auf seine Besoldungsvorschriften beschränkt wird. Die Bestimmungen über Dienststellen, Rangelder usw. werden damit aufgehoben. Die Reichsaufsicht bleibt grundsätzlich erhalten, jedoch hat die Reichsregierung zugesagt, im Bewilligungswege die wesentlichsten Forderungen der Länder zu bewilligen. Gegen die Vorlage stimmten Bayern und Württemberg.

Beihilfe zum Mathenaumord. Der Oberreichsanwalt hat den Vätern zufolge es abgelehnt, das Verfahren gegen den Fabrikanten Rüdigermeister aus Freiberg wegen Beihilfe zum Mathenaumord einzustellen. Die Verhandlungen gegen Rüdigermeister und den Studenten Brandt sollen anfangs Mai vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden.

Bayern gegen die Einführung der Biersteuer. Der bayerische Landtag nahm einstimmig den Antrag der bayerischen Volkspartei an, der sich entschieden gegen die beabsichtigte Erhöhung der Biersteuer ausspricht. Der Regierungsbektrreter hatte die Versicherung gegeben, daß die bayerische Regierung sich mit vollem Nachdruck gegen die geplante Biersteuererhöhung wenden würde.

Stadtverordnetenwahl in abgetretenen Schlesien. Bei der Stadtverordnetenwahl in Sonderburg entfielen 853 Stimmen auf die deutsche Liste. Das bedeutet ein Zuwachs von 240 Stimmen. Gewählt wurden fünf Deutsche. Bei der Stadtverordnetenwahl in Oppau wurden acht Deutsche gewählt, ein deutscher Sozialdemokrat und zwei Dänen. Die Deutschen gewannen zwei Mandate.

Neuwahlen in Ulster. Premierminister Craig teilte im irischen Unterparlament mit, daß das Parlament am 14. d. M. aufgelöst werden würde. Die Neuwahlen sollen am 8. April stattfinden. Zweck der Neuwahlen sei es, die Ansicht der Bevölkerung über die Grenzfrage festzustellen. Craig gab der Überzeugung Ausdruck, daß Ulster unentwegt an der Verbindung mit England festhalten werde.

Die Sommerzeit in Westeuropa. Eine internationale Vereinbarung über die Einführung der Sommerzeit in den Ländern der westeuropäischen Zeit ist nicht zustande gekommen. Frankreich und Belgien werden in der Nacht vom 4. zum 5. April, England in der Nacht vom 18. zum 19. April den Übergang vollziehen. In Holland ist die Frage noch nicht gelöst.

Badischer Teil

Der Hagenschiefprozesse

D. B. Karlsruhe, 10. März.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte der Angeklagte Detert, daß auch Abele sich an der „Deutschen Baugesellschaft G. m. b. H.“ beteiligen wollte. Er war ja noch bei der Siedlungs- und Landbank, wir aber waren selbständige Leute. Als nun Abele davon sprach, daß ihm bei der Bank nicht mehr wohl sei, und er auszutreten wünsche, habe ich keine Bedenken gegen seine Beteiligung. Das Gesellschaftskapital betrug 200 000 Mark, unser Anteil je 50 000 Mark, wovon die Hälfte sofort zu leisten war. Es bestand kein Zweifel, daß mein Anteil richtig bezahlt wurde. Die Idee, ihn von einem Unternehmer bezahlen zu lassen, sei eine Erfindung der Anklage.

Das weitere Verhör ergibt, daß die Deutsche Baugesellschaft ihrerseits einen Vertrag mit der Siedlungsbank abgeschlossen hatte.

Der Vorsitzende hält Detert vor, daß er als Vertrauensmann der Bank, der doch die Tätigkeit der Gesellschaft zu überwachen hatte, an letzterer wirtschaftlich beteiligt war.

Angeklagter Detert: Ich wurde meiner Aufgabe gerecht durch ein bis ins kleinste gehendes korrektes Verfahren. Von meinen sofort eingezahlten 25 000 Mark habe ich nie mehr etwas gesehen.

Der Vorsitzende stellt bezüglich Abele fest, daß er früher dem Untersuchungsrichter die Unwahrheit sagte, als er behauptete, er habe die 25 000 Mark Einlage bezahlt. Er hält Abele weiter einen Vertrag entgegen, des Inhalts, daß er Sonnet nicht den Tatsachen entspreche. — Schließlich liegt eine Vereinbarung mit Sonnet vor, wonach dieser die Einlage für Abele übernimmt.

Das Verhör der Angeklagten über ihre Handlungsweise bringt keine Aufklärung. Sonnet und Abele machen von einander abweichende Angaben.

Zeuge Bauunternehmer Degler schildert seine Erfahrungen mit der Baugesellschaft, die ihm schließlich jede Lust daran genommen hätten.

Der Vorsitzende macht den Vorhalt, wie bedenklich es war, einen Auftrag für das Hagenschief an die Gesellschaft zu übertragen, und zu dulden, daß Beamte der Siedlungsbank wie Detert und Abele bzw. deren Frauen als stille Teilhaber auftraten. Eine Reihe von Widersprüchen in Sachen der Baugesellschaft konnten nicht aufgeklärt werden. Weiterverhandlung Mittwoch früh 8 Uhr. — Schluß 2 Uhr.

D. B. Karlsruhe, 11. März.

Zunächst wird Ingenieur Czoch aus Essen über die Geschichte der Deutschen Baugesellschaft vernommen, deren Geschäftsführer er war. Unbestritten ist, daß Detert im ganzen 32 000 Mark einbezahlt hat. Angekl. Detert erklärt auf Verbehalten, daß der Siedlungsbank gegenüber kein falsches Spiel getrieben worden sei, als man einen Degler erteilen Auftrag durch die Gesellschaft ausführen wollte. Es sei dabei der reine Geschäftspunkt maßgebend gewesen. Die Überschreibung des Auftrages hätte den Zweck gehabt, der Gesellschaft von vornherein Mahnung zu geben. Zeuge Czoch erklärt weiter, daß bei der Siedlungsbank eine Vollmacht nicht vorgelegen haben muß, wonach es für Degler Gelder abheben konnte. Doch habe man ihn merkwürdigerweise nicht als Vertreter der Gesellschaft, sondern als den Deglers vorgestellt. Warum der Bank gegenüber nicht mit offenen Karten gespielt wurde, erklärt sich der Zeuge aus der stillen Teilhaberschaft Abeles und Deterts. Der Zeuge spricht von fingierten Briefen zur Verschleierung der Auftragsüberweisung und des Zusammenhanges zwischen Siedlungsbank und Gesellschaft überhaupt. Die Korrespondenz liegt bei den Akten. Nicht geringe Bestürzung brachte die Einleitung des Untersuchungsverfahrens gegen die Siedlungsbank, das auch zur Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Briefkästen und Bücher bei der Baugesellschaft führte.

Vorsitzender: Haben Sie sich bemüht, für die Baugesellschaft Geschäfte beizubringen? — Zeuge: Es war zunächst der große Auftrag bei Eutingen abzuwickeln, der Arbeit auf Jahre hinaus gebracht hätte, wäre er zur Durchführung gekommen. — Vorsitzender: Was war also der Grund, zur Gründung der Gesellschaft? — Zeuge: Man wollte mit der Siedlungsbank, deren Berater Detert und Abele waren, insgeheim Geschäfte betreiben. Das nach außen aufgestellte Bauprogramm (kommt zur Verlesung) bezeichnet der Zeuge als Schaumstrategie. Es war ja kein Kapital vorhanden. Degler hätte trotz wiederholter Mahnung seinen Geschäftsanteil nicht einbezahlt. Im Mai 1921 sei ihm, Czoch, das Konto bei der Rheinischen Kreditbank entzogen worden. Der, der einen dreijährigen Angelegenheitsvertrag hatte, habe nun eilfertig die der Baugesellschaft noch zustehenden Gelder abgehoben, um seine Forderungen sicherzustellen. Es kommt in diesem Zusammenhang zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Verhandlungsleiter und Verteidigung. Der Vorsitzende verwahrt sich entschieden gegen den etwaigen Vorwurf der Unparteilichkeit.

Bei der Staatsanwaltschaft ist inzwischen eine Anzeige gegen Czoch wegen Unterschlagung erfolgt. Die Frage des Rechtsanwalts Dr. Haas, ob der Zeuge unter dem Pseudonym „Reichswalden“ in der „Reichsbühne“ einen Artikel über das Hagenschiefunternehmen geschrieben habe, wird vom Gericht abgelehnt. — Abg. Sonnet richtet an den Zeugen verschiedene Gegenfragen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Steinell, ob es richtig sei, daß Czoch eine von Detert angebotene Abstands-summe von 16—18 000 M. als ungenügend abgelehnt und gedroht habe, er werde die Sache in die Zeitung bringen, verweigert der Zeuge die Antwort, nachdem ihn der Vorsitzende auf den strafwürdigen Gesichtspunkt der Erpressung hingewiesen hatte.

Baurat Keller, der vorübergehend Vauleiter auf dem Hagenschief war, hat erst vor dem Untersuchungsrichter von der Teilhaberschaft Deterts bei der Baugesellschaft erfahren. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß ein Architekt zugleich das Unternehmerinteresse vertritt. Czoch sei dem Zeugen stets als Vertreter Deglers gegenübergetreten, der neben den Aufsichtungsarbeiten bei zufriedenstellender Leistung noch manche andere Aufträge erwarnten konnte. Nach dem Krankwerden des Herrn Detert sei seine, Kellers, Situation immer schwieriger geworden. Der Zeuge laite den Eindruck, daß Abele und Detert in engem Kontakt standen und daß man ihn über gewisse Maßnahmen nur ungenügend unterrichtete.

Zeuge Wetterer erklärt auf Verfragen, daß er von der Existenz der Baugesellschaft erst durch den Untersuchungsrichter Kenntnis erhalten habe.

Zeuge Degler erklärt, Czoch habe auch ihn mit einer Forderung von 27 000 M. zu erpressen versucht. Er habe Czoch aber auf den Rechtsweg verwiesen. Die von ihm abgehobenen Gelder dürften etwa 30 000 M. betragen.

Der Bund badischer Arbeitgeberverbände
 hielt am 3. März in Mannheim unter Vorsitz von Handelskammerpräsident Lenzel seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Es wird uns darüber geschrieben:
 Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, während sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben, des schweren Verlustes, den Deutschland durch den Tod des Reichspräsidenten erlitten hat. In der Ansprache und in den erläuternden Worten des Vorsitzenden kamen die schweren Besorgnisse zum Ausdruck, die von allen Kreisen der Wirtschaft für die zukünftige Entwicklung geäußert werden, falls es nicht gelingt, die sozialpolitische Gesetzgebung so zu gestalten, daß sie zusammen mit den übrigen durch die politische und wirtschaftliche Lage unvermeidlichen Lasten noch tragbar ist. Besondere Befürchtungen wurden wegen der Haltung der Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage geäußert.

Aus den Parteien
 Der Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei trat in Karlsruhe am Montag zusammen und fasste eine Entschließung, in der der „Landesausschuss“ sich mit der Haltung und dem Vorgehen des Reichstagsabgeordneten Dr. Hanemann in der Frage der Aufwertung und in der Frage der Reichspräsidentenwahl einverstanden erklärt und der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Partei entsprechend ihrer Bedeutung und ihrem Programm dem deutschen Volk als Reichspräsident einen Mann ihrer Richtung vorschlägt.

Kommunale Rundschau
 Aus dem Kreisrat Mosbach. Am 1. Februar ist das 143. Gebot umfassende Hofgut Wonnader (bei Rosenberg) in die Pacht des Kreises übergegangen. Die im Bad. Frankenland aufgetretene Bewegung zur Förderung der kulturellen Güter des Bauernstandes „Bauernhochschulen“ einzurichten, fand im Kreisrat größte Beachtung, und es soll die Frage, wie diese Bewegung vom Kreis im Interesse der Gesamtwirtschaft unterstützt werden kann, näher geprüft werden. Zur Erleichterung der Krankenpflege wurden den Krankenpflegevereinigungen im Kreisgebiet Zuschüsse im Gesamtbetrag von 18 100 Mark bewilligt. Das Bedürfnis für die Errichtung einer Kraftwagenlinie Mosbach-Sulzbach-Neudenau-Stein wurde vom Kreisrat anerkannt und es wurde zu den Kosten der erforderlichen Instandsetzung der Straßen und Wege den beteiligten Gemeinden Zuschüsse zugewilligt. Die vorgeschlagenen Anlagen über die ungünstigen Bedingungen der Bayerischen Elektrizitätswerke für die Lieferung von elektrischer Energie an die Gemeinden im Bezirk Tauberbischofsheim rechts der Tauber wurden besprochen und Abhilfe durch die Staatsaufsichtsbehörden für erforderlich erachtet. In der Frage der Reduktion der Redaktionsgebühren, von welcher man eine wirtschaftliche Erhebung der im Interessengebiet des Redaktionsbezirks gelegenen Gemeinden erwarten darf, ausgesprochen.

Zur Bürgermeistereiwahl in Rehl. Der 13er Ausschuss zur Vorbereitung der Bürgermeistereiwahl in Rehl hat nunmehr seine Vorarbeiten beendet. Für die engere Wahl kommen 5 Kandidaten in Betracht, die demnächst ihr Programm vorzutragen werden.
 Wohnungsbau in Rastatt. Die Stadt Rastatt will im laufenden Jahre 15 bis 20 Drei- und Vierzimmerwohnungen in eigener Regie erstellen.
 Die Wasserreinigung von Malsch. Die Müller von Dillheim und Dürenheim hatten beim Bezirksamt Eilingen seinerzeit den Antrag gestellt, daß ihnen bei Malsch von dem Wasser eines Baches noch zwei Drittel in den Federbach geleitet würden. Da hierdurch die Interessen der Bürgerschaft insofern erheblich bedroht waren, als im Sommer wenig Wasser zur Verfügung gestanden hätte, wandte sich die Malscher Bürgerschaft in einer öffentlichen Protestversammlung gegen diesen Plan, und dies hatte zur Folge, daß die Antragsteller ihren Antrag, der dieser Tage vor dem Bezirksrat hätte verhandelt werden sollen, zurückgezogen haben.
 Der Bürgerausschuß Offenburg hat sämtlichen Vorlagen des Stadtrates zugestimmt. Verschiedene Vorlagen bezwecken den Wohnungsbau zu fördern. 11. a. wurde zur Durchführung des Rheinstraßenprojektes, wo im Laufe der Zeit 106 Wohnungen erstellt werden sollen, die Aufnahme von 1 Million Mark beschlossen.

Aus der Landeshauptstadt
 Die Sozialhygienische Ausstellung in der Städt. Ausstellungshalle ist jetzt für den allgemeinen Publikumsverkehr freigegeben worden. In den ersten Tagen fanden Führungen für Lehrer und Schüler statt. Das reichhaltige Material zeigt dem Besucher die Höhe des Volkes, insbesondere die enorme Verbreitung der Tuberkulose und die erschreckende Kindersterblichkeit. Sie enthält ferner belehrende Tafeln über das Übel des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten. Der Zweck der Ausstellung ist die Weckung des Interesses für Gesundheitspflege, insbesondere auch beim werktätigen Volke, und Anleitung zur Vermeidung der gesundheitlichen Gefahren. Es wird gezeigt, wie die Kindererziehung erfolgen soll, wie die Tuberkulose zu vermeiden oder zu heilen ist und wie sittliche Lebensführung der Gesundheit dient. Jeder hat ein Recht auf Gesundheit! Die Ausstellung belehrt uns darüber, welche Mängel noch bestehen, wie überall die sozialen Bedingungen die schwersten Folgen haben und wie im Interesse der Allgemeinheit eine Verwirklichung der Ziele der sozialen Hygiene unabdingbares Erfordernis der allerersten Zeit ist. Das werktätige Volk muß selbst ringen um die Verbesserung seiner gesundheitlichen Lage. Dazu ist Aufklärung weitestgehend notwendig. Wie wir hören, sollen für Vereine auf Anmeldung beim Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, Stefanienstraße 74, Telefon 186, besondere ärztliche Führungen stattfinden.
 Passionsspiele Karlsruhe. Wie uns die Konzertdirektion Frhr. Müller mitteilt, wird der bekannte Christuskünstler Adolf Rahn nach von den weltberühmten Oberammergauer Passionsspielen nach Rückkehr seiner Amerika-Reise vom 25. bis 30. März im großen Saale der Festhalle die diesjährigen Passionsspiele veranstalten. Es sind schon Verhandlungen mit der Stadt gepflogen worden und wird auch für diesen Zweck eine ganzlich neue Bühne aufgestellt, unter Mitbenützung der großen Orgel. Es ist sehr zu begrüßen, daß nach 4jähriger Pause endlich mal wieder Passionsspiele in Karlsruhe stattfinden. Der Vorverkauf und die geschäftliche Leitung liegt wie immer in den Händen der Musikalienhandlung Frhr. Müller, Kaiser-Edle Waldstraße.

Kurze Nachrichten aus Baden
 D3. Königshafen, 7. März. Am 2. Juni 1925 sind 400 Jahre seit der Bauernschlacht bei Königshafen verfloßen. Der hiesige Turnverein will diesen Gedanktag durch einen historischen Festzug und die Aufführung eines Stüdes aus dem Bauernkrieg auf dem Zornberg feiern, ein Entschluß, der schon im vorigen Jahre gefaßt wurde. Nunmehr hat der Gemeinderat beschlossen, dem Fest den Charakter eines Heimattages für das badische Hinterland zu geben. Man erwartet einen zahlreichen Fremdenbesuch.
 D3. Weidberg, 9. März. Gestorben ist hier im Alter von 82 Jahren der frühere langjährige Direktor der pfälzischen Eisenbahnen, Reichsrat Ritter von Lavale. Die pfälzischen Eisenbahnen hat Lavale im Laufe der Jahre zu einem Musterbetrieb, hauptsächlich in Hinsicht auf das Verkehrs- und Tarifwesen, vortrefflich ausgebaut, so daß die pfälzischen Eisenbahnen zu den bestbetrieblenen deutschen Eisenbahnen zählten. Nach der Verstaatlichung der Pfalzbahnen, im Jahre 1909, trat Lavale in den Ruhestand.
 D3. Bruders, 6. März. Am Sonntag den 14. März tagt hier in der Aula der höheren Mädchenschule die Bezirksgruppe Baden der Vereinigung Deutscher Kommunal-, Schul- und Fürsorgeorgane. Die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst (Gruppe Wolf) hält am nächsten Sonntag im Gasthaus zum Wolf eine Gruppenversammlung ab. Damit verbunden ist eine Besichtigung des Schloss- und Stadtparkes, sowie der sonstigen öffentlichen Anlagen und Sehenswürdigkeiten.
 D3. Baden-Baden, 10. März. Am Sonntag fand im Gartenlaale des Kurhauses eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert statt, welche vom Ausschuss der hiesigen Weimarer Koalitionsparteien veranstaltet und außerordentlich stark besucht war. Minister des Innern Memmel hielt die Gedächtnisrede.
 D3. Freiburg i. Br., 9. März. Wie in der letzten Sitzung des Stadtrates mitgeteilt wurde, soll zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert eine noch näher zu bestimmende Straße oder ein Platz neu oder umbenannt werden.

Handel und Wirtschaft
 Berliner Devisennotierungen

	11. März		10. März	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	167.64	168.06	167.54	167.96
Kopenhagen 100 Kr.	75.25	75.43	75.18	75.36
Italien . . . 100 L.	17.21	17.25	17.14	17.18
London . . . 1 Pf.	20.02	20.07	20.00	20.05
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.85	21.71	21.46	21.52
Schweiz . . . 100 Fr.	80.80	81.00	80.69	80.89
Wien 100 Schilling	59.10	59.30	59.10	59.30
Wrag . . . 100 Kr.	12.44	12.48	12.44	12.48

Quotierung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger
 Bekanntmachung.
 Wahl des Reichspräsidenten.
 Zum Kreiswahlleiter für die Reichspräsidentenwahl wird in dem 32. Wahlkreis (Baden) der Ministerialrat im Ministerium des Innern Weikel, zu seinem Stellvertreter Oberregierungsrat Pfisterer ernannt.
 Karlsruhe, den 11. März 1925.
 Der Minister des Innern
 Memmel.

Personeller Teil
 Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der pl. amtl. Beamten.
 Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
 Ernannt:
 Notarmeister Ludwig Huber und Franz Koch in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmeisterern.
 Ministerium des Kultus und Unterrichts
 Ernannt:
 Hauptlehrer Arthur Lau an der Volksschule in Karlsruhe zum Oberlehrer dafelbst.
 Zurückgesetzt:
 Rektor Karl Lehmann in Oberkirch.
 Wasser- und Straßenbaudirektion
 Verlegt:
 Obergeometer Egon Krauth in Emmendingen als Dienstvorstand zum Vermessungsamt Mannheim unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Lörach, Obergeometer Hermann Bodemüller in Billingen als Dienstvorstand zum Vermessungsamt Lörach unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Büdingen, Bauinspektor Josef Müller in Forbach zur Wasser- und Straßenbaudirektion, Vermessungsassistent Wilhelm Hauger bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Katastergeometer (Obergeometer) Gernert in Weismann, Vermessungsassistent Johann Eigen bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Katastergeometer (Obergeometer) Rubin in Tauberbischofsheim.

übertragen:
 Dem Straßenmeister Karl Schlußeder in Aßlingen der Straßenmeisterbezirk Kirchzarten, dem Straßenmeister Anton Straub beim Wasser- und Straßenbauamt Waldshut der Straßenmeisterbezirk Aßlingen und dem Straßenmeister Ludwig Wiese in Hausen i. Tal der Straßenmeisterbezirk Waldshut.
 In den Ruhestand getreten nach Erreichung der Altersgrenze: Vermessungsassistent August Groß beim Vermessungsamt Waldshut.
 In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:
 Oberstraßenmeister Friedrich Beck im Gernsbach und Hausmeister Georg Koch in Konstanz wegen leidender Gesundheit.
 In den einstweiligen Ruhestand versetzt:
 Die Verwaltungsinspektoren Friedrich Beck und Adolf Heller bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, ersterer auf Ansuchen.

Ohne jede Wartezeit unbedingten Rechtsanspruch auf **kostenfreie**
Feuerbestattung
 gegen geringe Monatsbeiträge vermittelt
 Deutsche Feuerbestattungskasse „FLAMME“
Politisch u. religiös neutral
 daher kein Kirchenaustritt
 Geschäftsstelle Karlsruhe, Zirkel 16 II
OTTO SCHWENSHAUT
 10-1 Uhr und 3-6 Uhr, Samstags 10-2 Uhr

Möbel
 Kaufen Sie in bester Qualität zu billigsten Preisen im
Möbelhaus Ernst Gooss
 Kreuzstr. 26. Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang. G. 99

Eugen von Steffelin
 Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261
 D. 658

Möbeltransport Lager :: Spedition

Auspolstern
 von Matratzen und
 Divans u. sowie Neuaufrüstung
 fertigung besorgt reell u.
 billig G. 100
 Albert Ernst, Tapezier
 Str. 21

Bei fast allen Krankheiten sind
Arzneimittel
 oft von vorzüglichem Heilerfolge. Nähere Auskunft durch G. Wolff, Apotheker,
 Post-Kloster Zinna, Prov.
 Brandenburg. (Rückporto.)

HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL
 AM RONDELLPLATZ
 ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDRICH-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
 KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 23
 MANNHEIM-IM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
 PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15
 FREIBURG-METZGERAU 6
 OFFENBURG-STEINSTR. 2
 MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Zahlungserleichterung.
 Alles was der Radfahrer(in) benötigt zu haben bei G87
Wilhelm Weg. Karlsruhe
 Adlerstr. 32, Tel. 4732.
 Raden mit Reparatur-Werkstätte.

Detektiv
 Institut
 u. Privat-
 Auskunftei
Argus „Mannheim“
 O. 6, 6.
 Planken 2, 47
 Fernspr. 3305
 F. Maier & Co., G.m.b.H.

Jagd-Verpachtung.
 Bad. Forstamt Huchenfeld in Huchenfeld verpachtet am Montag, den 16. März d. Js., vormittags 10 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer, Forststr. 1 hier, den ca. 485 ha großen Staatsjagdrevier II „Huchenfelder Jagdhalde“ Abt. III 2-28 auf weitere vier Jahre bis zum 31. Jan. 1929. Auskunft und Eintrag in die Buchbedingungen auf dem Forstamt.
Holzversteigerung.
 des Bad. Forstamts Durach am Donnerstag, den 19. März 1925, vormittags 9 Uhr, im Saale des Gasthauses „zur Blume“ in Durach aus Staatswald Distrikt III Mittlere Abt. 16 und IV Hundstangen: 40,57 Fm. Eichen I-IV, 51,73 Fm. Nadelbäume I-IV, 14,23 Fm. Fichten- und

Badisches Landestheater
 Donnerstag, den 12. März
 Zweites Gastspiel der
 Mailänder Opern-Stageone
Cavalleria rusticana
 Melodrama in einem Akt von
 Pietro Mascagni
 Musikal. Leitung: Tango
 Personen:
 Santuzza Luerner
 Lola Tango
 Turiddu Battaglia
 Alfio Accobbi
 Lucia Saberi
 Eine Bäuerin Maper

Der Bajazzo.
 Drama in zwei Akten und
 einem Prolog v. Leoncavallo
 Musikal. Leitung: Tango
 Personen:
 Cantio Lois
 Nebba Dorini
 Tonio Maritano
 Beppe Gigolini
 Silvio Accobbi
 Ein Bauer Maper
 Personen in der Komödie
 Bajazzo Lois
 Colombino Dorini
 Zabbeo Maritano
 Garetta Gigolini
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Ende gegen 11 Uhr.
 Preise Sperrsitze I. Abt. 8.-

Halt, Sie können Geld sparen!
 Sonderangebot auf Anzüge, Hosen, Konfirmanden- u. Kommunikantenanzüge, Gummimäntel, Windjacken usw. usw. bis zu 25% Preisermäßigung
Badische Kleiderzentrale
 Karlsruhe, Zirkel 30, gegenüber der Badischen Presse. **Telephon 4120.**

Wäsche
 wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. angen.
 Jean Brunnhölzer
 Zähringerstr. 82, II. Etod